
Institutionelle Determinanten des westlichen Wirtschafts- wachstums

Rezension von: Jan Winiecki, *Economic Futures of the West*, Edward Elgar, Cheltenham 2014, 170 Seiten, broschiert, £ 25; ISBN 978-1-783-47714-2.

Die Studie über die künftige Entwicklung des Wachstums der westlichen Wirtschaft verdient deshalb Aufmerksamkeit, weil sie von einem osteuropäischen Autor stammt, der die Entwicklung nicht nur mit einer gewissen Distanz betrachtet, sondern auch aufgrund eines Erfahrungsschatzes, welchen er unter der Ägide des sowjetischen Wirtschaftssystems gesammelt hat. Diese Elemente bewirken, dass er sich, nach seinem Selbstverständnis, als jemand sieht, der jenseits der gängigen, politisch korrekten, Auffassungen steht. Daher analysierte er jene Faktoren, welche nach weit verbreiteter Meinung die Entwicklung der westlichen Wirtschaft bedrohen.

Globalisierung

Da ist zunächst die Globalisierung. Die zahlreichen, verschiedenartigen Proteste gegen dieses Phänomen ließen sich eigentlich als Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem verstehen. Der Unterschied zur Vergangenheit liege darin, dass nach dem Scheitern des sowjetischen Systems kein alternatives angestrebt wird, sondern lediglich Korrekturen am existierenden ins Auge gefasst werden. Der Autor vermeint aus den recht diffusen Vorstellungen der Globalisierungskritiker

herauslesen zu können, dass sie zur Verbesserung des Wirtschaftsablaufes stärkere Staatsinterventionen wünschen, sowie Verstaatlichung, eine geringere Offenheit der Wirtschaft auch in Bezug auf ausländische Investitionen, sowie mehr Entwicklungshilfe.

Winiecki sieht darin eine Fortsetzung der Ablehnung des Kapitalismus seit den „Achtundsechzigern“, welche die betrüblichen Erfahrungen mit Staatseingriffen ignorierte ebenso wie jene mit Staatseigentum. Ausländische Direktinvestitionen wären entscheidend für die Entwicklung von Schwellenländern. Dagegen könne man Entwicklungshilfe durchaus kritisch sehen. Schließlich hätten gerade jene Regionen erfolgreich den Aufholprozess eingeleitet, welchen kaum solche Unterstützung zugeflossen wäre.

Auch der Rezensent gesteht, dass er den kritischen Gehalt des Begriffes „Globalisierung“ nicht zu erfassen vermag. Schließlich ist seit Adam Smith bekannt, dass Arbeitsteilung und Marktausweitung sich von fundamentaler Bedeutung für Wirtschaftswachstum erweisen; das gilt national wie auch international. Und dieser Prozess charakterisierte die kapitalistische Entwicklung. Eine Unterbrechung erfuhr dieser in der Zwischenkriegszeit. Aber nach dem Zweiten Weltkrieg blieb er vorrangiges Mittel für die westlichen Industriestaaten zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums. Natürlich lässt sich sagen, dass die komplette Deregulierung des Kapitalverkehrs Anfang des neuen Jahrtausends zur Entstehung der Finanzkrise beigetragen hat. Das ändert jedoch nichts an der wohlstandssteigernden Funktion des internationalen Handels.

Ressourcenknappheit

Ein weiteres Problem für die langfristige Wirtschaftsentwicklung werde in der Verknappung von Ressourcen, insbesondere von Erdöl, gesehen. Diese Überlegungen erreichten durch den „Club of Rome“, einer Vereinigung, die dem „Weltschmerz“ anhing, wie es der Autor ausdrückt, ungeheure Popularität. Meadows prognostizierte in seinem Bericht an die Vereinigung, dass die Weltwirtschaft um das Jahr 2000 u. a. an der Ressourcenverknappung zusammenbrechen werde. Ähnliche Voraussagen habe es auch schon früher gegeben. Tatsächlich wechseln langfristig Perioden der Knappheit mit solchen des Überangebots. Der Autor führt das auf die, technisch und finanziell bedingten, Investitionszyklen in der Erdölindustrie zurück. Am unteren Wendepunkt des Zyklus erreicht nicht nur die Produktion ihren Tiefpunkt, sondern auch die bekannten Reserven, weil sie nicht erforscht werden. Und solche Phasen fördern die Untergangsprophezeiungen. Wenn freilich der ansteigende Zyklus auf eine verfallende Nachfrage trifft, entsteht eine Ölschwemme – wie gegenwärtig.

Dazu kommt, dass die vieldiskutierte „Energieeffizienz“ ein Prozess ist, der sich seit der industriellen Revolution vollzieht. Und letztlich scheint die ganze Diskussion insofern müßig, als in einer Marktwirtschaft Knappheiten Preise steigen lassen, wodurch Anpassungsprozesse der Produktion wie der Nachfrage in Gang gesetzt werden.

Globale Erwärmung

Und damit gelangt der Autor zur globalen Erwärmung, welche nur durch ein Ende oder zumindest eine Modifi-

kation des Wirtschaftswachstums abgewendet werden könne. Winiecki spricht der Arbeit des International Panel on Climate Change (IPCC) jede Wissenschaftlichkeit ab. Die klimatischen Veränderungen hängen von so vielen Variablen ab, dass in den Modellen viele Relationen willkürlich angenommen werden. Jene seien daher durch „chaotische Unsicherheit“ gekennzeichnet; sie ergäben bei jedem Durchlauf unterschiedliche Resultate. Schließlich spielt auch das „Malträtieren“ der Daten eine Rolle. George Stigler meinte: *“... if you torture data long enough, they will confess.”* Ein Beispiel sei der berühmte „Hockeyschläger“. Dieser ergäbe sich nämlich nur dann, wenn man die mittelalterliche Wärmeperiode von 900 bis 1300 nicht berücksichtige. Freilich hätten sich die „Alarmisten“ weitgehend durchgesetzt, Kritik aus der eigenen Profession halte sich in Grenzen, käme aber aus anderen Wissenschaften, wie Archäologie, Astronomie, Physik und Geologie.

Aber wie konnten sich die Klimaretter derartig erfolgreich erweisen? Winiecki glaubt, eine Erklärung in Poppers „Druck der Geschichte“ zu finden. Danach lebten die primitiven Gesellschaften in ständiger Angst vor Bedrohungen durch Naturereignisse. Sie verehrten daher Naturgötter. Die monotheistischen Religionen und später die wissenschaftliche Revolution reduzierten diese Furcht. Aber Reste davon manifestieren sich auch noch in der heutigen Gesellschaft, vor allem in der Angst vor Neuem, durch Menschen Geschaffenem. Dies zeige sich im etwa im Kampf gegen die Gentechnik. Und alle solche Überlegungen gehen davon aus, dass es einmal so etwas wie einen gleichgewichtigen Zustand in der Natur gegeben habe – eine selbst-

verständlich abwegige Vorstellung. Alles das wird durch die Massenmedien verstärkt, welche ja Katastrophen lieben – man kann wohl auch von einer „Lust am Untergang“ (Friedrich Sieburg) sprechen.

Natürlich ist die Vorstellung, man könne den weltweiten CO₂-Ausstoß begrenzen oder gar reduzieren, in Anbetracht der gewaltigen Mengen, welche von China, Indien, Südamerika und schließlich auch Afrika produziert werden, schiere Illusion. Aber die verschiedenen von Europa ergriffenen Maßnahmen werden jedenfalls das Wirtschaftswachstum behindern – wie sich an der deutschen „Energiewende“ ablesen lässt. Winiecki möchte dennoch Optimist bleiben und meint, die Schäden würden letztlich zu einer realistischeren Sicht der Dinge führen – eine Hoffnung, die man freilich als illusionär bezeichnen könnte.

Die neuen ökonomischen Akteure

Im zweiten Abschnitt widmet sich der Autor den sogenannten BRIC-Staaten, welche in der Weltwirtschaft immer stärkere Bedeutung erlangen. Freilich müsse man, so meint er, zwischen diesen Ländern strikt nach ihrem Wachstumspotenzial unterscheiden. So beruhe die ökonomische Potenz Russlands ausschließlich auf seinen Rohstoffen. Im Gegensatz zu den osteuropäischen Staaten sei die Umstellung auf das kapitalistische System dort nur unvollständig gelungen. Man könne daher nicht von einem vollständig entwickelten Industriestaat sprechen. Und zwar wegen der mangelhaften institutionellen Voraussetzungen infolge des herrschenden politischen Systems. Eine Beurteilung, die durch die gegebene Situation gestützt wird.

Trotz einer andersartigen Situation gilt ähnliches für Brasilien. Auch dessen Wirtschaft hängt im hohen Maße von den Rohstoffen ab. Und wenn man auch dieses Land nicht als vollständig entwickelte Industrienation bezeichnen kann, dann deshalb, weil es von Korruption zerfressen ist.

Ganz anders bieten sich die beiden übrigen BRIC-Staaten dar. China stürmt seit seiner kapitalistischen Revolution an die Spitze der Weltwirtschaft. Natürlich begegnet es auch Problemen. Die Umstellung von einer primär auf Investitionen und Exporten bestimmten Ökonomie zu einer solchen, die durch stärkeren Inlandsverbrauch charakterisiert ist, wird nicht einfach sein. Auch leidet das Land noch an einem relativ großen, ineffizienten Staatssektor. Dennoch ist es China gelungen, sich zu einem gut funktionierenden Industriestaat mit erfolgversprechenden Zukunftsaussichten zu entwickeln.

Ein ähnlicher Prozess zeichnet sich in Indien ab, seit es wieder das marktwirtschaftliche Koordinationssystem bevorzugt. Nehru hatte nicht nur in der Außenpolitik den „dritten Weg“ beschritten, sondern auch ein an der Sowjetunion orientiertes Wirtschaftssystem eingeführt. Anfang der Neunzigerjahre erfolgte die Umstellung, welche das Wirtschaftswachstum beschleunigte. Allerdings hatte das Land an den Folgen der vorangegangenen Periode insofern zu leiden, als es nur über eine schwach entwickelte Konsumgüterindustrie verfügt, aber eine überdimensionierte – ineffiziente – Schwerindustrie. Auch das sollte freilich die künftige Entwicklung nicht ernsthaft behindern, Umso weniger, als Indien über hoch entwickelte Dienstleistungsbereiche verfügt. Mit

dieser Darstellung wollte Winicki offenbar auf die künftigen Konkurrenten des Westens hinweisen, wie auch auf die entsprechenden Nachfrager.

Interesse verdient in diesem Zusammenhang sein analytischer Ansatz. Wie die einschlägige Literatur allgemein, betont auch er die institutionellen Voraussetzungen der Industrialisierung. Sein Beitrag besteht aber darin, dass er unterschiedliche solche für die Entstehung eines Industriestaates im engeren Sinne und eines stärker auf Dienstleistungen beruhenden annimmt. Und darauf beruhten auch die Probleme der BRIC-Staaten. Russland und Brasilien hätten noch nicht einmal eine für Industriestaaten erforderliche Institutionenstruktur entwickelt. Das träfe nur für China und Indien zu. Für Ersteres stelle sich allerdings die Frage, ob das existierende politische System die erforderliche für eine hoch entwickelte Dienstleistungsökonomie zulasse.

Staatsquote und Wirtschaftswachstum

Die entscheidende Determinante für das Wachstum der westlichen Volkswirtschaften sieht Winiecki im Ausmaß der Staatsquote. Er geht zunächst von der Statistik aus, die erkennen lässt, dass seit den Sechzigerjahren die Staatsquote in allen westlichen Staaten signifikant angestiegen ist. Er führt das auf den stets umfangreicheren Ausbau des Wohlfahrtsstaates zurück. Das ergäbe sich aus den politischen Gegebenheiten, wonach die Bevölkerung zunehmend Anforderungen an die öffentliche Hand stelle, welchen die Politik entgegenkommt, um bei Wahlen zu reüssieren. Dieser Vorgang wird des Langen und Breiten ausgeführt,

nicht so klar wird die Mechanik des Prozesses. Der adverse Einfluss auf den Wachstumsprozess erfolge zunächst über die steigenden Steuern. Die hohe Staatsquote verschlechtere die Position des Landes auf dem Kapitalmarkt – mit entsprechend höheren Kreditzinsen. Diese Situation werde für die Zukunft noch dadurch verschärft, dass die ohnehin hohe Belastung durch die öffentliche Altersversicherung über die demografische Entwicklung gesteigert werde.

Darüber hinaus käme es aber zu einer Veränderung der Verhaltensweisen. Der Wohlfahrtsstaat lähme die Initiative der Wirtschaftssubjekte, weil sie keinen existenziellen Herausforderungen, keinen Risiken mehr gegenüberstehen. Er kreiere eine „gelernte Hilflosigkeit“ mit entsprechenden Folgen sowohl für Unternehmer wie für Arbeitnehmer. All das zusammen reduziere die expansiven ökonomischen Kräfte.

Nun hat sich auch der Rezensent mit dieser Problematik beschäftigt und die wachsende Staatsquote, trotz dramatisch steigender Einkommen, bis in die Siebzigerjahre für Österreich untersucht.¹ Allerdings wurde dieser Zusammenhang dahin verstanden, dass dadurch ein inflationärer Prozess in Gang kam („Stagflation“), welcher das „Goldene Zeitalter“ beendete. Die Frage der langfristigen Auswirkungen der Staatsquote auf das Wirtschaftswachstum wurde damit nicht berührt.

Dieser ansteigende Trend der Staatsquote flachte sich seit den Achtzigerjahren allmählich ab und fand schließlich mit der Jahrtausendwende sein Ende. Seither ist die EU-Politik darauf gerichtet, die Quote eher zurückzuführen. Ob allerdings eine hohe solche das Wachstum bremst oder nicht, ist eine lang diskutierte, offene Frage.

Manche Entwicklungen sprechen dagegen: So erwies sich die ökonomische Performanz der skandinavischen Länder, mit ihrer notorisch hohen Staatsquote – sieht man vom schwedischen Einbruch in den Neunzigerjahren ab – als jene der südeuropäischen Länder mit einer niedrigen solchen überlegen. Am ehesten könnte man aus der Studie von Rogoff, Reinhart (2010) Anhaltspunkte dafür gewinnen, wiewohl diese eigentlich auf die Verschuldensquote hinzielt. Aber auch darüber ist eine lebhafte Diskussion entstanden. Natürlich lassen sich auch andere Ursachen für eine Wachstumsverlangsamung finden, etwa strukturelle Sparüberschüsse.²

Dagegen scheint das zweite Argument Winieckis von der lähmenden Wirkung des Wohlfahrtsstaates weit hergeholt. Das die Absicherung gegen die Risiken des Arbeitslebens durch die öffentliche Hand, welche seit rund 130 Jahren aufgebaut wurde, eine derartige Wirkung zeitigen sollte, lässt sich nur als „verkehrte Sozialromantik“ bezeichnen. Denn das zentrale Risiko für die Arbeitnehmer im Kapitalismus, nämlich der Arbeitsplatz, bleibt ja, mit allen Konsequenzen, unverändert bestehen. Wenngleich aus solchen Vorstellungen nicht viel für das gegenwärtige und zukünftige Wirtschaftswachstum zu gewinnen ist, scheint doch eine Reihe von Überlegungen des Autors auf tatsächliche Probleme der westeuropäischen Ökonomie hinzuweisen.

Der institutionelle Wandel

In Anlehnung an D. North betont Winiecki, dass manchmal Gesellschaften Institutionen, also formelle und informelle Normen, auswählen, welche dieser keineswegs zum Vorteil gereichen.

Tatsächlich lässt sich feststellen, dass das explosive Wirtschaftswachstum im „Goldenen Zeitalter“ vor einem geistigen Hintergrund erfolgte, welcher vollkommen auf ökonomische Expansion und Wohlstandssteigerung konzentriert war. Der fundamentale Bruch dieser Entwicklung erfolgte mit den Untergangsprophezeiungen des „Club of Rome“ Anfang der Siebzigerjahre, welche vom höheren Bürgertum mit Enthusiasmus aufgenommen wurde. Zwar problematisierten Ökonomen die „Grenzen des Wachstums“, was der Popularität dieses Buches keinerlei Abbruch tat.

Der für 2000 angekündigte Zusammenbruch des Kapitalismus erfolgte zwar nicht, aber seit diesem Zeitpunkt waren die Intellektuellen zu ihrer klassischen Ablehnung der Wirtschaft im Allgemeinen und des Kapitalismus im Besonderen zurückgekehrt.³ Nach einer kurzen Pause infolge der Implosion des sowjetischen Systems setzte sich dieser Trend verstärkt fort. Trotz Stagnation brandet eine neue Welle zur Überwindung des Wirtschaftswachstums heran,⁴ – welche auch der Heilige Vater begleitet. Die Umweltpolitik behindert den Wirtschaftsprozess nicht nur durch theoretische Erörterungen, sondern sehr konkrete Eingriffe. Und auch trotz mancher großspuriger Ankündigungen im Lissabon-Prozess beschränkt sich die Wirtschaftspolitik der EU in den letzten Jahren, sieht man von den Sanierungsbemühungen für die Budgets und Südstaaten ab, auf umweltpolitische Belastungen der Betriebe; sei es durch Vorschriften über die Reduktion des Schadstoffausstoßes durch Kraftwagen, sei es durch Handel mit Verschmutzungsrechten, sei es durch Subventionierung von Alternativenenergien.

Nun lässt sich natürlich sagen, dass trotz aller dieser Widrigkeiten das kapitalistische System in Europa weiterhin funktioniert. Gewiss, aber wenn man darüber rätselt, warum das Wachstum im Vergleich so gering ist, dann wird man diesen institutionellen Einflüssen eine gewisse Bedeutung einräumen müssen und sich nicht wundern können, warum die Unternehmer, trotz hoher Liquidität und praktisch kostenloser Kredite, nicht daran denken, mehr zu investieren. Und auf diese Zusammenhänge vielfach hingewiesen zu haben, ist ein Verdienst des Buches von Winiecki.

Felix Butschek

Literatur

- Butschek, F., Österreichische Wirtschaftsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart (Wien-Köln-Weimar 2011).
 Kahan, A. S., Mind versus Money, The War between Intellectuals and Capitalism (New Brunswick, N.J., 2010).
 Meadows, D. L., Die Grenzen des Wachstums (Stuttgart 1972).
 Rogoff, K. S.; Reinhart, C., Diesmal ist alles anders (Kulmbach 2010).
 Tichy, G., Verschuldungsbedarf und Sparüberschuss, in: Wirtschaft und Gesellschaft 40/4 (2014).
 Woynowski, B.; u. a. (Hrsg.), Wirtschaft ohne Wachstum?! Notwendigkeit und Ansätze einer Wachstumswende (Freiburg 2012).

Anmerkungen

- ¹ Butschek (2011) 346.
- ² Tichy (2014) 579.
- ³ Siehe Kahan (2010).
- ⁴ Siehe etwa Woynowski (2012).